

2013-05-30

Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4
06844 Dessau-Roßlau
Tel.: 0340/2040



N i e d e r s c h r i f t

über die Sondersitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und
Tourismus
gemeinsam mit dem Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt am 09.04.2013

Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr
Sitzungsende: 17:10 Uhr
Sitzungsort: Raum 228, Rathaus Dessau

Es fehlten:

Fraktion der CDU

Mau, Hans-Joachim

Fraktion der SPD

Gebhardt, Udo unentschuldigt

Fraktion Bürgerliste/DIE GRÜNEN

Weber, Ralf-Peter Dr.

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Nach der Begrüßung durch **Herrn Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, wurde aufgrund der Abwesenheit des Vorsitzenden des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus sowie dessen Stellvertreters festgelegt, dass die Leitung der gemeinsamen Sitzung durch den Vorsitzenden des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt, wahrgenommen wird.

Herr Schönemann stellte die form- und fristgerechte Ladung und Ausreichung der Unterlagen zur heutigen Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit der Gremien (6 stimmberechtigte Mitglieder des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus sowie 9 stimmberechtigte Mitglieder des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt) fest.

2. Beschlussfassung der Tagesordnung

Zur ausgereichten Tagesordnung wurde durch **Herrn Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, für den Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt der **Antrag** gestellt, die Tagesordnungspunkte 9.6 – „Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 58 „Biogasanlage Lukoer Straße“, Abwägungsbeschluss“ und 9.7 - „Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 58 „Biogasanlage Lukoer Straße“, Durchführungsvertrag, Satzungsbeschluss“ zu Beginn des Tagesordnungspunktes „Öffentliche Beschlussfassungen“ als Punkte 9.1 bzw. 9.2 zu behandeln.

Durch **Herrn Krüger, Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau**, wurde darauf hingewiesen, dass er zur Behandlung dieser Tagesordnungspunkte das Rederecht für Herrn Vester als Mitglied des Ortschaftsrates Roßlau beantragen werde.

Man befinde sich im Prozess der Offenlage zur Planrechtschaffung, so **Herr Schönemann**. Jedwede Wortmeldung mit alten bzw. neuen Inhalten führe zur Ergänzung der eingebrachten Hinweise und bedinge eine erneute Abwägung, obwohl alles geprüft und abgewogen wurde. Die Vorlage, die seitens der Verwaltung vorgelegt wurde, sei beschlussfähig und ein Abschluss des Verfahrens sollte herbei geführt werden. Obendrein sei er hinsichtlich der Erteilung des Rederechts an die Rahmenbedingungen der Geschäftsordnung gebunden.

Die Nachfrage von **Herrn Busch, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, ob die Erteilung des Rederechts das Verfahren wieder öffnen würde, bejahte **Herr Schönemann** mit Verweis auf die Bestätigung des Stadtplanungsamtes, Frau Jahn und des Planers im B-Planverfahren, Herrn Krmela.

Darüber hinaus sei kritisch anzumerken, so Herr Schönemann, dass die zu behandelnden Unterlagen bereits einen Umfang erreicht hätten, der nicht zu bewältigen sei. Hier müsse man neue Lösungen finden, um den Mitteleinsatz zu beschränken.

Weitere Anmerkungen oder Änderungsvorschläge wurden zu den ausgereichten Tagesordnungen nicht vorgebracht, so dass sie zur Abstimmung gestellt wurden.

Abstimmungsergebnisse:

Die Tagesordnung wurde vom **Ausschuss für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus** einstimmig bestätigt. **6 : 0 : 0**

Die Tagesordnung wurde vom **Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt** einstimmig in der geänderten Form bestätigt. **9 : 0 : 0**

3. **Stellungnahme zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans "Daseinsvorsorge in der Planungsregion Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg" - Festlegung der Grundzentren**

Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung, verwies eingangs darauf, dass seit dem 01.01.2013 die Zuständigkeit als Untere Landesplanungsbehörde vom Referat des OB in das Dezernat VI zum Amt für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Denkmalpflege gewechselt sei. Insofern habe man nunmehr einen stärkeren Einblick in die Regionalplanung und von der Absicht der Regionalen Planungsgemeinschaft Kenntnis erlangt, dass nach der Prüfung der Versorgung innerhalb der Planungsgemeinschaft Grundzentren ausgewiesen werden sollen. Das Oberzentrum Dessau-Roßlau sei insofern betroffen, da geplant war, aufgrund der Unterversorgung im nördlichen Bereich der Planungsgemeinschaft Roßlau als Grundzentrum auszuweisen.

Nach Prüfung im Amt für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Denkmalpflege habe man auf mögliche Risiken dieser Entwicklung für das Oberzentrum Dessau-Roßlau hingewiesen und eine Abstimmung mit dem Oberbürgermeister und der Geschäftsstelle der Regionalen Planungsgemeinschaft geführt. Im Ergebnis dessen werde man keine Ausweisung als Grundzentrum vornehmen, Roßlau als Teil des Oberzentrums Dessau-Roßlau werde jedoch Funktionen für die unterversorgten nördlichen Bereiche der Planungsgemeinschaft übernehmen. Eventuelle negative Auswirkungen für das Oberzentrum Dessau-Roßlau seien damit abgewendet.

Da der ursprüngliche Beschluss zur Ausweisung Roßlaus als Grundzentrum durch den Oberbürgermeister nach einer Bürgeranfrage im Stadtrat bestätigt wurde, stellte **Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, die Frage, warum eine solche Problemstellung nicht im Vorfeld in der Dienstberatung des OB rückgekoppelt werde.

In einem kurzen Exkurs erläuterte **Frau Jahn, Leiterin des Amtes für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Denkmalpflege**, die Festlegung des zentralen Ortes im Stadtgebiet Dessau-Roßlaus, die Berechnung der Erreichbarkeit von Grundzentren durch die Geschäftsstelle der Regionalen Planungsgemeinschaft und die ermittelten unterversorgten Bereiche. Dementsprechend sei im Teilplan Daseinsvorsorge vorgesehen, Roßlau als Grundzentrum auszuweisen. Die Gefahr für das Oberzentrum Dessau-Roßlau bestehe u. a. aus der damit verbundenen Reduzierung um rund 12.500 Einwohner für das Oberzentrum. Nach der Verhandlung mit der Geschäftsstelle und dem OB werde man nunmehr eine Darstellung Roßlaus als grundzentraler Versorgungskern vornehmen. Dies werde als Tischvorlage in der Sitzung der Regionalen Planungsgemeinschaft am 12.04.13 ausgereicht. Somit sei das Problem ausgeräumt.

Wichtig sei in diesem Zusammenhang, bei einer Änderung des Landesentwicklungsplans korrigierende Regelungen auf der Ebene der Oberzentren zu erreichen.

In den richtungweisenden Entwicklungen in der Region sei es wichtig, so **Herrn Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, die Standpunkte des Oberzentrums Dessau-Roßlau heraus zu arbeiten und im Kontext mit dem Umland zu stärken. Die vormals falsche Ausrichtung wäre fatal gewesen. Als Bitte richtete er an die Fraktionen, diese Thematik zu diskutieren und auch aktuelle Richtungen, z. B. die Vision Anhalt 2050, einzubeziehen.

Die zu diesem Zweck durch **Herrn Otto** angefragte Ausreichung einer Kurzzusammenfassung der Thematik wurde durch **Frau Jahn** zugesagt.

Frau Müller, Fraktion der CDU, zeigte sich in Anbetracht dieses Novums in der Bundesrepublik, die Ausweisung eines Grundzentrums innerhalb eines Oberzentrums betreffend, äußerst verwundert. Diese Experimente seien Gift für die Zukunft des Oberzentrums.

Auf Nachfrage von **Herrn Hartmann, Fraktion der SPD**, zum unterversorgten Bereich, bezifferte **Frau Jahn** die Anzahl der Betroffenen auf rund 3.000 Einwohner und verwies darauf, dass es sich dabei um eine theoretische Größe handele.

Nachdem durch die **Herren Otto** und **Schönemann** auf die Gefährlichkeit und Unnötigkeit der ursprünglichen Entwicklung hingewiesen wurde, erläuterte **Herr Beigeordneter Hantusch** auf Nachfrage von **Herrn Hofmeister, Fraktion Neues Forum**, dass man im Ergebnis der vorgenannten Verhandlungen einen Weg gefunden habe, dass alle Seiten ihr Gesicht wahren konnten.

Weitere Rückfragen wurden nicht vorgebracht.

Die Informationen wurden zur Kenntnis genommen.

4. Öffentliche Anfragen und Informationen

Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung, informierte im Zusammenhang mit den im Land Sachsen-Anhalt geplanten Kürzungen bei der Unterstützung von Unternehmensinvestitionen und bei der Vergabe von Fördermitteln. In Schreiben an den Finanzminister Herrn Bullerjahn und die Wirtschaftsministerin Frau Wolff wurde seinerseits auf die prekäre Situation und die damit verbundenen Folgen hingewiesen.

Das benannte Schreiben wurde an die Mitglieder des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus ausgereicht.

Rückfragen wurden nicht geäußert. Weitere Anfrage oder Informationen wurden nicht vorgebracht.

6 Schließung der Sitzung

Der gemeinsame Sitzungsteil wurde durch **Herrn Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, um 17:10 Uhr geschlossen.

Dessau-Roßlau, 12.04.13

Ralf Schönemann
Vorsitzender
Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt

i. A. Reinsdorf
Schriftführer